

Zahl arbeitsloser Frauen gestiegen

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **35 (1979)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-845065>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zahl arbeitsloser Frauen gestiegen

Die seit 1976 feststellbare Tendenz der Zunahme des Anteils an Frauen an der Gesamtarbeitslosigkeit hat 1978 weiter angehalten. Von den 10483 (Jahresdurchschnitt) gänzlich arbeitslosen Stellensuchenden waren 36,9 Prozent oder 3864 Frauen.

Gegliedert nach *Berufsgruppen* zeigt sich, wie eine Analyse in der «Volkswirtschaft» weiter zu entnehmen ist, dass die Zahl der Ganzarbeitslosen in der Berufsgruppe Verwaltung, Büro, Handel (2568) annähernd ein Viertel und die Gruppe der übrigen Berufe (1367) ungefähr ein Achtel der Gesamtzahl ausmachte. Mit einem Anteil von rund zehn Prozent folgen die technischen Berufe (1028) und die Gruppe Metallbearbeitung und Maschinenbau (970).

Die Zahl der Ganzarbeitslosen war 1978 im *Jahresdurchschnitt* mit 10 483 um rund ein Achtel kleiner als im Vorjahr mit 12 020. Offene Stellen wurden mit 8290 nochmals mehr angeboten als 1977. Auf 100 ganzarbeitslose Stellensuchende traf es jahresdurchschnittlich 79 offene Stellen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen, die im Januar 1978 mit 15 097 eine saisonale Spitze erreichte, nahm bis zum Juli ohne Unterbruch auf 7627 ab. Seither ist wieder eine Zunahme bis auf 12 997 am *Jahresende* zu verzeichnen, wobei auffällt, dass diese Zahl den entsprechenden Vorjahresstand um rund einen Achtel überschreitet.

In der regionalen Gliederung liegt in absoluten Zahlen das Schwergewicht der Arbeitslosigkeit in den Kantonen *Bern* und *Zürich* mit jahresdurchschnittlich 1592 und 1514 Arbeitslosen. An dritter Stelle folgt der Kanton *Genf* (1127), während der Kanton *Basel-Stadt* 1029 Ganzarbeitslose mel-

dete. Wenn man die Arbeitslosenzahl zur aktiven Bevölkerung in Beziehung setzt, liegt der Kanton *Basel-Stadt*, wie im Vorjahr, mit einer Quote von 0,9 Prozent an der Spitze. Es folgen die Kantone *Tessin* (0,8), *Wallis* (0,7), *Genf* (0,7) und *Freiburg* (0,5). Im Landesdurchschnitt lag die Arbeitslosenrate bei 0,4 Prozent. (SDA)

«Gleiche Rechte» aufs Eis gelegt

Der Bundesrat hat Ende Januar beschlossen, die Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» abzulehnen, gleichzeitig aber dem Parlament einen vom Justiz- und Polizeidepartement auszuarbeitenden Gegenvorschlag zu unterbreiten, der sich am entsprechenden Artikel im Entwurf zur Totalrevision der Bundesverfassung orientiert.

Kurz rekapituliert: Das 1976 mit rund 57 000 Unterschriften eingereichte *Volksbegehren* «Gleiche Rechte für Mann und Frau» verlangt eine Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 4bis, wonach Frau und Mann gleichberechtigt sind, die gleichen Rechte und Pflichten in der Familie und Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit haben. Die Gleichbehandlung und die Chancengleichheit von Mann und Frau wären in Erziehung, Schul- und Berufsausbildung sowie bei Anstellung und Berufsausübung verfassungsgemäss ebenfalls zu garantieren. Schliesslich verlangt die Initiative, dass die Ausführungsbestimmungen zum neuen Artikel 4bis der Bundesverfassung innert fünf Jahren nach dessen Inkrafttreten zu erlassen wären.

Im *Vernehmlassungsverfahren* ist das Begehren «Gleiche Rechte für Mann und